

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheld, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Brederfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 147

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Donnerstag, den 26. Juni

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratistbeiträge: „Zeitgehehen im Wochensbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Deutsche Landwirtschaftsrat hielt seine 60. Vollversammlung ab, in der er vor allem den Schutz der deutschen Arbeit forderte.

* Der Hauptausschuß des Industrie- und Handelsstaates nahm auf seiner Tagung in Breslau Stellung zum Problem der Osthilfe.

* Der Preussische Landtag hat den Staatshaushalt verabschiedet.

* Der Flieger Kingsford Smith hat mit seinem Flugzeug „Kreuz des Südens“ den Ozean überflogen und ist in Neufundland gelandet.

Am Beobachtungsstand.

Der deutschen „Fremdenindustrie“ — übrigens eine nicht gerade glücklich gewählte Bezeichnung! — geht es in diesem Jahre noch schlechter als bisher schon. Schließlich ist auch dies nur die Folge der allgemeinen Wirtschaftsdpression nicht bloß in Deutschland selbst, sondern auch in jenen Ländern, deren Bewohner vor dieser Depressionszeit oft und in hellen Scharen auch nach Deutschland kamen. Namentlich in den Vereinigten Staaten hat das Werbeplakat mit dem „Germany want to see you“, „Deutschland möchte Sie bei sich begrüßen“, in den letzten Monaten einen recht kümmerlichen Erfolg gehabt. Wenn Oberammergau nicht wäre...! Diese Zurückhaltung hat aber nicht nur privatwirtschaftlich, also für die „Fremdenindustrie“ recht unangenehme Folgen, sondern das Ausbleiben der Fremden bedeutet einen Verlust für unsere Volkswirtschaft, in deren Zahlungsbilanz dieser Posten auf der Einnahmeseite von großer Bedeutung ist. Eine Art Ausgleich könnte es ja geben, wenn der Deutsche sich nämlich entschließen würde, zu einer Reise auch einmal — Deutschland zu nehmen. Deutsche Gebirge und deutsche Seebäder, deutsche Erholungsstätten. Vielleicht werden die Klagen, die man aus all diesen Orten und Gegenden über den nur dünn und leicht fließenden Fremdenstrom zu hören bekommt, doch ein wenig nützen und so manchen, für den die Reise ins Ausland zur Gewohnheit wurde, doch zum Nachdenken auch über die wirtschaftlich-finanzielle Zweckmäßigkeit seines bisherigen Tuns veranlassen. Millionen gehen so der deutschen Volkswirtschaft verloren, Millionen, die ihr gerade in der jetzigen Zeit des schweren Wirtschaftskampfes gut zufließen kommen würden.

Man hat jetzt „Bilanz gemacht“ hinsichtlich der Kosten, die Deutschland für die Befestigung der Rheinlande hat bezahlen müssen. Dabei hat sich die Riesensumme von 6,6 Milliarden Mark ergeben, mehr also, weit mehr noch, als Frankreich 1871 überhaupt an Kriegsschadenszahlung zu zahlen verpflichtet wurde. Bis zum Inkrafttreten des Dawes-Planes mußte Deutschland ja einfach zahlen, was die Rheinlandkommission für die Befestigungsarbeiten und ihre grotesk weitgeplanten „Bedürfnisse“ verlangte. Man kann es durchaus verstehen, daß all diese Scharen nicht bloß von Offizieren und Soldaten, sondern auch von Beamten, Frauen und sonstigem Kind und Kegel nur mit einer tiefen Behmut und einer allerdings überaus materiell eingestellten „Sehnsucht“ an die schönen Jahre zurückdenken, als der Deutsche alles, aber auch alles bezahlen mußte, was die Befestigungsbehörden verlangten, unter Drohungen erprehten. Auch was sonst an Schäden angerichtet wurde, so etwa „für militärische Zwecke“ oder „in Ausführung der Bestimmungen über die Entmilitarisierung“ usw. — für all und jedes mußte Deutschland die Kosten tragen. Von den indirekt durch die Befestigung verursachten Schäden gar nicht noch zu reden! Denn die Aufräumarbeit solcher Art wird auch nach Abzug der Befestigung mühsam und kostspielig genug sein. Und was hätte für jene 6,6 Milliarden alles in jenen Gebieten geleistet werden können, wo der Krieg vier Jahre lang seine Zerstörungsarbeit verheerend genug durchgeführt hatte! Statt dessen hat man bis fast zur letzten Minute im Rheinland selbst solche Zerstörungsarbeit geleistet. Mehr als zwölfeinhalb Jahre nach dem Abschluß des Waffenstillstandes. Das war ein „würdiger“ Schlupfunkt!

Aber was diese Riesensumme, diese letzte Zerstörung wirtschaftlicher Werte gerade in der jetzigen Zeit für deutsches Empfinden noch besonders schmerzhaft macht, das ist der erschreckende Gegensatz, in dem diese Zahl und diese Taten zu der augenblicklich so schweren Not in Deutschland stehen. Mitten im Jahr, während man sonst gerade im Juni dem wirtschaftlichen Höhepunkt entgegenstrebt, kommt die Mitteilung, daß sich die Zahl der Arbeitslosen wieder erhöht hat und daß heute in Deutschland 900 000 Menschen mehr ohne Beschäftigung, ohne Erwerb, ohne Arbeit sind als im vergangenen Jahr. Auch mit der an sich schon grauenhaft hohen Jahresdurchschnittszahl von 1,7 Millionen Arbeitslosen ist gar nicht mehr zu rechnen; jetzt spricht man schon von 2,5 Millionen. Wird diese fürchterliche Feststellung nicht endlich dazu führen, daß man in den Kreisen, die das deutsche Volk und seine Geschichte lenken und leiten — sollten, schamhaft vom Reden und Verhandeln zu Taten kommt! Seit Wochen geht das Dahin und Daher dieser Besprechungen und Konferenzen, dieser Sitzungen und Beratungen vor sich; nun aber, sollte man meinen, schlägt doch ein drohendes Heute und Morgen mit eiserner Faust mitten auf den Verhandlungstisch!

Deutschlands Außenpolitik

Dr. Curtius dankt dem Rheinland.

Deutschland im Rate der Völker.

Berlin, 25. Juni.

Im Reichstag lag am Mittwoch der Schwerpunkt des Interesses bei den Verhandlungen und Unterredungen in den Wandelgängen, da die unsichere politische Lage, die Frage der Neubestimmung des Finanzministerpostens und die damit zusammenhängenden Fragen das Interesse der Abgeordneten von den eigentlichen Verhandlungen im Plenum abzogen. So begannen denn auch die letzten Verhandlungen über die zweite Lesung des Etats des Reichsernährungsministeriums ziemlich interesselos. Da aber in der Aussprache noch eine ganze Reihe von Einzelwünschen vorgebracht wurden, zogen sich die Beratungen wider Erwarten hin und erst mit reichlicher Verspätung konnte die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes im Angriff genommen werden, die mit einer Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius eröffnet wurde. Der Außenminister stellte dabei an die Spitze seiner außenpolitischen Betrachtungen die bevorstehende Rheinlandräumung, die allen Deutschen das Gefühl unzertrennbarer Zusammengehörigkeit erneut zum Bewußtsein bringen sollte, und sprach unter dem Beifall des besetzten Hauses der Bevölkerung der besetzten Gebiete seinen Dank für die erduldeten Leiden aus. Dann gab der Minister einen Überblick über das Ergebnis der Außenpolitik der letzten Monate und beschäftigte sich dabei des näheren mit unserem Verhältnis zur Sowjetunion und zu Polen. In der Aussprache haben darauf die Redner der einzelnen Parteien ihrer Genugtuung über die Befreiung des besetzten Gebietes Ausdruck gegeben und sprachen sich in diesem Zusammenhang zum Teil auch gegen eine Änderung der deutschen Außenpolitik aus.

Sitzungsbericht.

(183. Sitzung.)

OB. Berlin, 25. Juni.

Die zweite Beratung des Haushalts des Ernährungsministeriums wurde fortgesetzt.

Abg. Gerns (Dtn.) forderte Maßnahmen gegen die Einfuhr von Mollereiprodukten, die sich ein so verarmtes Volk nicht leisten könne. — Abg. Passelt (Soz.) trug Wünsche für die Verteilung der Mittel für das Kleinfischereigewerbe vor. — Abg. Gaag (Dtn.) verwies auf die

übermäßige Einfuhr von ausländischem Obst und Gemüse, die durch besseren Schutz des einheimischen Anbaues abgedrängt werden müsse. — Abg. Dr. Wendhausen (Christl.-Nat. Bauernp.) erklärte, daß trotz der Hindenburg-Vollmacht die erhoffte Besserung für die Landwirtschaft nicht eingetreten sei. — Abg. Fug (Komm.) bestritt, daß allgemein von einer Not der Landwirtschaft gesprochen werden könne. In den Kreisen der Großbauern sei noch Geld und Kredit genug vorhanden. — Abg. Krähig (Soz.) wies Angriffe wegen des Verkaufs ausländischer Butter in den Konsumbereichen zurück und bedauerte, daß die einheimische Buttererzeugung keine erschlaffende Standardware liefere. — Abg. Frau Weber (Ztr.) empfahl die Einführung eines Konsumtenuauschusses, um den Verbrauch einheimischer Produkte zu fördern

und namentlich der starken Einfuhr von Süßfrüchten entgegenzutreten. — Abg. Dr. Horlacher (Bayr. Vp.) trat für Erleichterung der süddeutschen Gaferausfuhr ein. Er forderte weiter beschleunigte Erhöhung der Hopfenzölle. Das Milchgesetz sei für die Landwirtschaft nur tragbar, wenn es gleichzeitig mit dem Verbraucherzuschuss einen Preiszuschuss für die Landwirtschaft bringe. In die Osthilfe müsse auch die bayerische Ostmark einbezogen werden. — Abg. Ederer (Bayr. Bauernp.) verlangte, daß der Bauer einen Preis für seine Produkte erhalten, der den gerechten Lohn für seine Arbeit bedeute. — Abg. Drenth (Wirtschaftspartei) unterstützte die Wünsche nach vermehrtem Roggenbroitkonsum. — Abg. Frau Hertwig-Bünger (D. Vp.) setzte sich für

größere Anerkennung der Hausfrauenarbeit in ländlichen und städtischen Betrieben ein. — Abg. Kerp (Ztr.) begrüßte das Weingefetz und forderte dessen baldige Verabschiedung. — Abg. Schlange-Schönningen (Chr.-Nat. Bauernp.) erklärte: Wenn die Landwirte von dem Minister verlangten, daß er ihre Not meistere, so dürften sie ihm auch nicht in den Rücken fallen. — Abg. Goltzheiner (Dtn.) meinte, das Osthilfegefetz habe in Ostpreußen starke Enttäuschung hervorgerufen. — Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde der Etat im allgemeinen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Dabei wurde in einfacher Abstimmung auch der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Minister mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Stipendium wurde dem Ausschuss überwiesen.

Es folgte dann die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes in Verbindung mit dem deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Abg. von Freytagh-Loringhoven (Dtn.) berichtete über die Auswärtigen Verhandlungen.

Von den Deutschnationalen war ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius eingegangen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Aufgaben der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge.

Der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtjeser betonte in einer Ansprache, die Aufgaben, die im Rahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge gelöst werden könnten, umfaßten hauptsächlich die öffentlichen Notstandsarbeiten und den Bau von Landarbeiterwohnungen. Als Notstandsarbeiten kämen vor allem Meliorationen, Straßenbauten, Kraftgewinnungsanlagen, Talsperren, Hochwassererschuttsanlagen und ähnliche volkswirtschaftlich besonders wertvolle Arbeiten in Frage.

Ein neuer Beruf.

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelsstaates befaßte sich mit der Frage der Regelung des

Reichsaußenminister Dr. Curtius

bedauerte zunächst die Ablehnung der Umwandlung der Gesandtschaften in den Abc-Staaten in Vorkonten. Der auswärtige Dienst habe sich als wertvolles Instrument der Außenpolitik der Reichsregierung erwiesen. Der Minister behandelte die bevorstehende Rheinlandräumung.

Er wolle heute der Befreiung als eines Ereignisses unserer nationalen Geschichte gedenken, das alle Herzen mit größter Freude erfülle und den Anlaß gebe, allen Deutschen das Gefühl unzertrennlicher Zusammengehörigkeit zum Bewußtsein zu bringen. Der Minister dankte der rheinischen Bevölkerung und gedachte gleichzeitig des Ministers Dr. Stresemann, mit dessen Namen die deutsche Geschichte der letzten Jahre untrennlich verbunden sei. Die Ziele der deutschen Politik, so fuhr der Minister fort, ergaben sich aus der Gesamtlage der internationalen Verhältnisse von selbst. Wir werden danach streben müssen, die volle politische Freiheit und Gleichberechtigung Deutschlands zu erreichen. Zur

Saarfrage

führte der Minister aus, daß, so wenig wie die Volksabstimmung zu scheuen haben, es doch ein erfreuliches Ereignis wäre, wenn die Frage durch freiwillige Vereinbarung mit Frankreich geregelt werden könnte. Der Völkerrund siehe auch heute, nach mehr als zehnjähriger Aktivität, noch im Anfang seiner Entwicklung. Der Grundgedanke der Gleichberechtigung sei aber noch nicht in notwendigem Maße zur Geltung gelangt. Dann beschäftigte sich der Minister mit dem

Briandischen Memorandum.

an dessen Beratung sich die Regierung unter den von ihr für richtig gehaltenen Gesichtspunkten beteiligen werde. Zweifellos drohe sich gegenüber der bisherigen

deutsch-russischen Politik

ein starker Stimmungsumschwung zu vollziehen, wir hoffen aber, daß die Verhandlungen der Schlichtungskommission zu guten praktischen Ergebnissen führen werden. Denn ein großer Teil unserer künftigen politischen Aufgaben sei im Osten zu suchen. Deshalb komme es wesentlich auf die sorgsame Pflege der Beziehungen zu unseren Ostnachbarn, namentlich der Sowjetunion an. Dann besprach der Minister

die Vorkommnisse an der deutsch-polnischen Grenze

und wies die Behauptungen zurück, wir wollten dadurch die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Grenzverhältnisse im Osten lenken. Wir hätten es nicht nötig, solche Mittel anzuwenden, um Grenzverhältnisse zu beleuchten, über die sich jeder Verständige längst im klaren sein müsse. Dr. Curtius ging sodann auf die Handelspolitik der letzten Jahre ein und meinte, daß diese trotz schmerzlicher Opfer im ganzen erfolgreich gewesen wäre. Wenig erfolgreich gefallenen sich dagegen die Verhandlungen mit den Ländern im Osten und im Südosten Europas. Der Grund dafür liege in der landwirtschaftlichen Situation. Der Minister verteidigte dann den Vertrag mit Polen und suchte die Bedenken hinsichtlich der Schweine- und Kohleneinfuhr zu zerstreuen. Zum Schluß betonte der Minister, daß zwischen Außen- und Innenpolitik eine unauflösliche Verbindung bestehe, und daß eine erfolgreiche Außenpolitik besonders jetzt nur möglich sei auf gesicherter Innenbasis. Wir müßten daher auch vom Standpunkt der Außenpolitik mit allen Kräften für eine Konsolidierung unseres innenstaatlichen Lebens sorgen.

Inzwischen war auch von den Kommunisten ein Mißtrauensantrag gegen den Außenminister eingegangen.

Die Aussprache über den Etat

wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid eröffnet. Die Verhandlungen zur Beilegung der entstandenen Mißstimmung begrüßte der Redner. Die Grenzzwischenfälle mit Polen seien bedauerlich.

Abg. Freiherr von Freytagh-Loringhoven (Dtn.) wandte sich gegen die Kritik, die an seinem Vergleich des deutschen Haushalts mit dem englischen und dem französischen geübt worden sei. Auch die vom Auswärtigen Amt angeforderte Denkschrift werde die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Deutschland mit alleiniger Ausnahme von Nordamerika in der ganzen Welt die größten Ausgaben habe. Der Redner kritisierte dann die Veröffentlichung über den deutsch-russischen Schlichtungsausschuß. Noch ungeschlichtet sei die Haltung des Auswärtigen Amtes im Neuhofer Spionagefall. Unglücklich wäre auch unsere Westpolitik. Die Befreiung des Rheinlandes sei durch die Dauerkontrolle erkaufte worden. Aus alledem ergebe sich, daß Deutschland nicht in seinem Auswärtigen Amt das brauchbare wohlgegliederte Instrument für die Außenpolitik habe, von dem der Minister sprach.

Abg. Ullrich (Ztr.) betonte, daß Deutschland das Zusammenwirken mit allen Völkern brauche, um die Krise, die eine Weltwirtschaftskrise sei, zu überwinden. Unter diesem Gesichtspunkt sehe er auch das Europa-Memorandum Briands. Er glaube aber, daß die Verwirklichung des Briandischen Projekts jedenfalls noch im weiten Felde sei. Die Verhandlungen bezüglich des Saargebietes seien weniger politischer als wirtschaftlicher Natur.

Abg. D. Mumm (Dtn. Arb.-Gem.) begründet die Interpellation gegen die russischen Christenverfolgungen.

Das Haus vertagte die Weiterberatung hierauf auf Donnerstag.

Berufes der Wirtschaftssachverständigen. Begrüßt wurde die im Einverständnis mit den Reichsressorts gegebene Erklärung des Vertreters des preussischen Handelsministeriums, daß in allernächster Zeit zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen Verhandlungen über die Regelung des Berufs stattfinden werden. Die Vertreter aller Wirtschaftsbezirke waren sich dahin einig, ihre Mitarbeit bei dieser Frage zur Verfügung zu stellen, um eine einheitliche Gestaltung eines neuen, völlig unabhängigen und hochqualifizierten Berufsstandes zu gewährleisten.

Beflagung der Dienstgebäude anlässlich der Rheinlandräumung.

Auf Beschluß des preussischen Staatsministeriums sind am 1. Juli d. J. aus Anlaß der Befreiung der rheinischen Lande die staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, die Gebäude der übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen zu beflaggen.

Die Presse zur Sachsenwahl.

Der Ausfall der Landtagswahlen in Sachsen gibt den politisch eingestellten Kreisen Anlaß zu ersten Betrachtungen, in denen die Gründe untersucht werden, die zu dem großen Erfolg der Nationalsozialisten und zu der Niederlage der Mittelparteien geführt haben. Bei diesen Betrachtungen wird fast durchgehend festgestellt, daß bei den Wahlen zum Sächsischen Landtag nicht so sehr sächsische Fragen eine Rolle gespielt haben, als vielmehr die Kämpfe, die gegenwärtig um die Sanierung der Reichsfinanzen und die von der Regierung Brüning-Moldenbauer geplant gewesenen neuen Steuern, besonders das Notopfer, geführt wurden.

Der sozialdemokratische Abend schreibt zu den sächsischen Wahlen: „Diese Wahl ist ein Signal und eine Warnung. Seit 1923 haben sowohl die sächsische Sozialdemokratie als auch die Deutsche Volkspartei, als Führerin des Bürgerturns, Niederrückungsstrategie getrieben. Jeder glaubte den anderen bei der nächsten Wahl endgültig in die Knie zwingen zu können. Nun endet dieser Kampf mit einem Erfolg der sächsischen Nationalsozialistischen Partei. Also hat das Bürgerturn gesiegt? Das ist nicht richtig. Der Erfolg der Faschisten ist zugleich eine schwere Niederlage der bürgerlichen Parteien, und der Vormarsch der Sakentkreuzler ist nicht erfolgt unter der schwarzweißroten Fahne, sondern unter der roten Fahne mit dem Sakentkreuz!“

Die demokratische Bossische Zeitung meint: Die Lehre des 22. Juni: Mit Parlamentsauflösung, ohne klares Ziel, ohne straffe Führung wird die Zersplitterung vermehrt und der Radikalismus gestärkt. Das sächsische Experiment kann Nutzen bringen, wenn nicht nur die politischen Führer, sondern auch die maßgebenden Wirtschaftskreise die Notwendigkeit anerkennen, über den Betrieb des Tages hinauszusehen und die Volkswirtschaft mit dem Vertrauen zu erfüllen, daß die Leiden und Lasten dieser Jahre den Weg zu einer besseren Zukunft frei machen und das notwendige Opfer von allen getragen werden und allen zugute kommen.

Die der Volkspartei nahestehende Deutsche Allgemeine Zeitung sieht in dem Wahlausgang eine schwere Gefahr für das Reich und schreibt u. a.: „Die vorausgesagte Radikalisierung ist eingetreten. Der Zuwachs der Nationalsozialisten hat nicht etwa Sozialdemokratie und Kommunismus geschwächt, sondern die bürgerlichen Parteien. Die Wahlenthaltung, die im Durchschnitt etwa 30 Prozent beträgt, trifft so gut wie ausschließlich die bürgerlichen Kreise. Wir glauben, daß sich das Reich in höchster Not befindet. Immer noch ist es jedoch möglich, einer Katastrophe mit normalen Mitteln vorzubeugen. Die Stellung der Regierung gegenüber den Parteien ist durch die Sachsenwahlen gestärkt. Wir sind nicht Freunde allzu schematischer Eingriffe. Wie aber die Dinge heute liegen, wird es kaum mehr zu vermeiden sein, daß die Regierung nach brutalen und einschneidenden Maßnahmen verfährt. Sie könnte eine schematische Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Preise um zehn Prozent im Angriff nehmen, den Reichshaushalt, einschließlich der Abweichungen an Löhnen und Gehältern, ebenfalls um fünf bis zehn Prozent kürzen und befehle dann immer noch die Möglichkeit einer eventuellen Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer sowie der Umsatzsteuer.“

Der deutschnationalistische Berliner Lokalanzeiger meint: Der Schlüssel zur Lage liegt nicht in so ausgeprochenen Maße wie in Thüringen in den Händen der Nationalsozialisten. Die Analogie mit den Verhältnissen im Thüringischen Landtag ist groß, aber nicht völlig. Nationalsozialisten, Wirtschaftsparteien, Volkspartei, Deutschnationaler und Landvolk zusammen verfügen erst über 42 Mandate; ohne die drei bürgerlichen Splitterparteien mit je zwei Mandaten, die Volksrechtler, die Christlichsozialen und die Volksnationalen, sind sie also in der Minderheit, und auch mit ihnen stehen sie die Mandate 48 zu 48 gegenüber. Wie unter diesen Umständen in Sachsen soll regiert werden können, ist eine offene Frage.

Die rentenbildende Brotstulle.

Roggen oder Weizen?

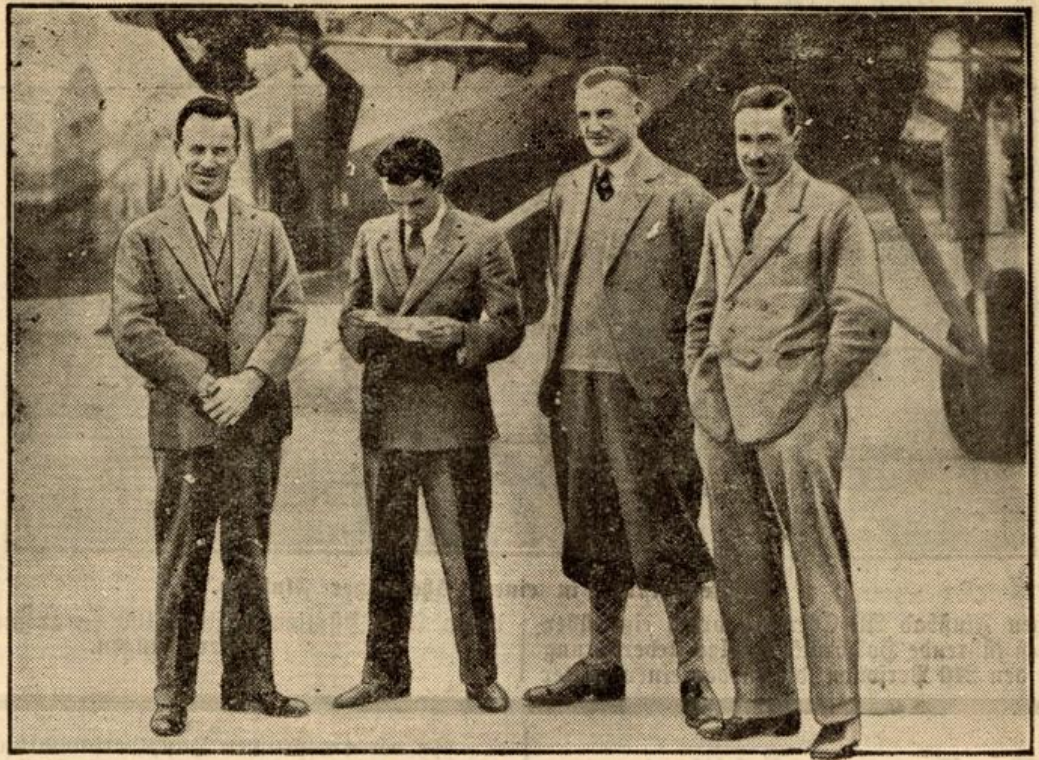
Anläßlich der vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin veranstalteten „Roggenwoche“ hat die Industrie- und Handelskammer zu Berlin gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer, den Handwerkskammern zu Berlin und Frankfurt a. d. Oder sowie den Industrie- und Handelskammern Brandenburg, Kottbus und Frankfurt a. d. Oder folgende Verlautbarung veröffentlicht:

„Die roggenbauende Landwirtschaft leidet unter einer Krise, die an den Grundfesten ihrer Existenz rüttelt. Hat doch die Preisentwicklung des Roggens in diesem Wirtschaftsjahr einen so ungünstigen Verlauf genommen, daß die Landwirtschaft keine Rente aus dem Verlauf der Roggenernte erzielen kann. Unter dieser Preis-Katastrophe leidet die Landwirtschaft nicht allein. Die Agrarkrise pflanzt sich auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben fort. Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel und auch die deutsche Arbeiterschaft haben es bitter zu verspüren, daß die Kaufkraft der Landwirtschaft auf dem Binnenmarkt sehr zurückgegangen ist. Die Beseitigung der Roggenkrise ist daher ein volkswirtschaftliches Gebot. Die Lösung dieser Aufgabe liegt im Bereich der Möglichkeit. Neben der infolge der natürlichen Produktionsbedingungen nur in engen Grenzen möglichen Einschränkung des Roggenbaues würde eine Vermehrung des Verbrauchs von Roggenbrot den Roggenmarkt nachhaltig beleben.“

Der Verbrauch von Roggen ist in Deutschland gegenwärtig erheblich geringer als vor dem Kriege. Während sich im Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1908/13 der jährliche Verbrauch von Roggenmehl auf 65,4 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung stellte, betrug er im Wirtschaftsjahre 1928/29 nur 52,4 Kilogramm. Das deutsche Volk hat sich nach dem Kriege immer mehr vom Verbrauch des Roggenbrotes abgewandt und an seiner Stelle dem Weizengebäck den Vorzug gegeben. Der Weizen wird aber zum beträchtlichen Teil aus dem Auslande bezogen, während der Roggen in Deutschland im Überflusse erzeugt wird. Es ist ein Widerspruch, daß auf der einen Seite Deutschland im Jahre 1929 für 446 Millionen Mark Weizen aus dem Auslande eingeführt hat, andererseits große Teile der deutschen Roggenernte keinen Absatz finden. Angesichts dieser Verhältnisse ist es Pflicht eines jeden Deutschen, dem Verzehr von Roggenbrot Beachtung zu schenken. Volkswirtschaftliche Gesichtspunkte sowie die Rücksicht auf eine zweckmäßige Ernährung der Bevölkerung lassen also eine Vermehrung des Verzehrs von Roggenbrot dringend geboten erscheinen. Aus diesem Grunde treten auch die amtlichen Wirtschaftsvertretungen von Berlin und Brandenburg in die Front derjenigen ein, die vom deutschen Volke eine Vermehrung des Verbrauchs von Roggenbrot fordern. Wer diesen Mahnruf beherzigt, nützt sich selbst und leistet der Gesamtheit einen Dienst.“

Die Litschsaule als Jubilarin.

Am 1. Juli 1855 erlebten die Berliner eine gewaltige Sensation: auf den Straßen Berlins — in den meisten Fällen an den Straßenecken — standen 150 Säulen, die mit bunten Plakaten, öffentlichen Anzeigen, Vergnügungsprogrammen usw. bedeckt waren. Der Buchdrucker Ernst



Die Besatzung des Ocean-Flugzeuges

besteht aus (von links) dem Kommandanten, Hauptmann Ringsford-Smith, einem Australier — dem Bordfunker John Stannage, einem Südafrikaner — dem stellver-

tretenden Piloten Evert Bandyt, einem Holländer — dem Navigationsoffizier John Saul, einem Kapitän der irischen Luftflotte.

Litsch war es, der mit Erlaubnis der Polizei und des Magistrats diese Anschlagssäulen aufgestellt hatte, und die Berliner nannten sie denn auch sofort Litschsäulen. So einfach war übrigens die amtliche Erlaubnis nicht zu erlangen gewesen: die Behörden hatten einige Schwierigkeiten gemacht, weil sie der Ansicht waren, daß das Straßenschild durch die etwas plumpen Säulen, die in der ersten Zeit um die Straßenecken herumgebaut wurden, nicht verschönert werden würde; aber diese ästhetischen Gegengründe wurden bald fallen gelassen, und so folgten den ersten 150 Säulen bald weitere 50, und nach nicht allzu langer Zeit hatte Berlin schon die stattliche Anzahl von 1500 Litschsäulen. Bis zu dem Tage, an welchem Ernst Litsch, der 1845 die Druckerei seines Vaters übernommen hatte, seine Säulen errichtete, waren in Berlin, wie überall, Bretterzäune, Häusermauern, Bäume und wer weiß was noch mit Plakaten geschmückt worden. Damit nun hatte Litsch, der im übrigen auch den Buntdruck ins Leben gerufen hat, gründlich aufgeräumt. Als vor 75 Jahren die ersten Säulen standen, wurde dieses epochenmachende Ereignis von den dankbaren Berlinern mit Musik, Gesang und Tanz festlich begangen: in den Ballfälen spielten die Kapellen eine „Annoncierpolka“, und die Säule, die vor dem Hause des unternehmungs-lustigen Druckers stand, wurde prächtig bekränzt. Die Litschsäule machte bald Schule: sie wurde nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch im Auslande nachgeahmt, und bis zum heutigen Tage noch führt sie ihren alten Namen, obwohl inzwischen ganz andere Firmen sich des öffentlichen Anschlagwesens in Berlin bemächtigt haben. Litsch starb im Jahre 1874.

10 Rechtsgebote in Sprüchen.

Der gemeinnützige Verein für Rechtsauskunft hat folgende beherzigenswerte Reime veröffentlicht, die wir unseren Lesern zur Beachtung empfehlen:

Der größte Esel ist und bleibt,
Wer Ungelesenes unterschreibt.
Mach's schriftlich! Nimm Zeugen!
Laß dich belehren;
Sonst kommt der andere zum Schwören.
Mit Papieren und mit Zeugen
Kannst du leicht dein Recht erreichen.
Bei Behörden ist nichts zu erreichen
Ohne das richtige Altenzeichen.
Das Schimpfwort hilft nichts zur Verteidigung,
Doch der Richter bestraft's als Beleidigung.
Nimm nichts auf Borg,
Selbst beim freundlichsten Mann.
Wenn er mahnt, wird auch er ein Grobian.
Kauf auf Bestellung von auswärtig nicht,
Du kannst doch nicht reisen aufs fremde Gericht.
Zahle die Miete zuerst, nicht zuletzt,
Denn für diese Schuld wirst du rausgesetzt.
Lieber Geld verschenken, als es verborgen,
Das Wiederbekommen macht zuviel Sorgen.
Die Eh', die man im Leichtsinne schließt,
Wird lebenslanglich abgeküßt.

Brandschadenverhütung ist besser als Brandschadenvergütung.

In Amerika, dem Lande der nüchternen, berechnenden Geschäftsleute, kennt man bekanntlich schon lange Jahre Feuerstichwachen. Von volkswirtschaftlich richtigem Verstande zeugt es, wenn gerade dieses reichste Land der Erde auf die Erhaltung der Sachwerte bedacht ist, die doch wohl den größten Teil eines Volkswirtschafts über-haupt darstellen. Wichtig verstanden ist jede Volkswirtschaft eine feine in sich gegliederte Maschine, ein feiner Prozeß der Warenerzeugung und des Warenvertriebes. Jeder erzeugte Sachgegenstand in Rohstoffen, Gebäuden, Maschinen, Einrichtungsgegenständen, Vieh usw. hat in der Volkswirtschaft wichtige Aufgaben zu erfüllen, denn dazu sind alle diese Dinge gewonnen, erzeugt und bearbeitet. Werden diese nun im einzelnen und in ihrer Gesamtheit wichtigen Bestandteile durch Brand vernichtet oder beschädigt, so sind sie ihrer eigentlichen Aufgabe entzogen. Alle aufgewendeten Mühen und Kosten waren dann vergebens. Mit höheren Aufwendungen, höheren Kosten muß gleichwertiger Ersatz geschaffen werden, um den Stand vor der Vernichtung wieder zu erreichen.

Brandschäden bedeuten nicht mehr Arbeit, mehr Umlauf von Waren und Gütern, sondern deutlich fühlbare Verluste. Ist es denn nötig, daß die Menschheit alle vier bis fünf Generationen fast das gesamte Volkswirtschaft der Völker an Gebäuden, Maschinen und Einrichtungen

durch Brand verliert? Sind diese ungeheuren Beträge nicht für den Fortschritt der Menschheit viel besser zu verwenden, als daß sie nutzlos in Rauch und Flammen aufgehen? Wenn die erste Feuerschutzwoche unserem Volke dieses Verständnis näherbrachte oder auch nur die vorerwähnten Gedanken wach werden ließ, dürfte sie schon ihren Zweck erfüllt haben. Liegt die Verantwortung und Last der Feuerverhütung und Bekämpfung heute — man kann wohl sagen fast ausschließlich — in den Händen der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren, so muß betont werden, daß diese Last und Verantwortung, diese außerordentlich schweren Verpflichtungen zu ungleich verteilt sind. Nicht nur die Feuerwehren dürfen Träger und Erfüller des Erhaltungswillens sein, sondern das ganze Volk. Erst dann werden wir dazu kommen, die Brand-schäden und Brandverluste zu Seltenheiten zu machen. Dies dürfte bei Beachtung der zur Genüge bekannten Vorsichtsmaßregeln nicht allzu schwer sein. Wie weit die Feuerwehren mit ihrem Willen und Verstand gekommen sind, beweist die Tatsache, daß der Willensweg vorherrschend ist, daß die Wehr ihre Aufgaben richtig erfüllt, die sich für die Brandbekämpfung stark macht, ihr Ziel aber in der Hauptsache in der Verhütung von Bränden sieht und in der Schulung der Einwohnerschaft zur Vermeidung von Bränden.

Tausend Jahre Island.

Das älteste Parlament der Welt.

Das isländische „Althing“, das Parlament des großen, aber dünnbevölkerten „Eislandes“ — diesen Namen erhielt die Insel wegen des vielen Treibeises, das die ersten Anflieger in den Buchten fanden —, blickt in diesen Tagen auf einen tausend-jährigen Lebenslauf zurück. Das Althing ist das älteste Parlament der Erde: auf Island entstand die älteste germanische Verfassung. Kein Wunder, daß die Isländer große Vorbereitungen zu dieser parlamentarischen Jubelfeier getroffen haben und daß sich an ihr auch zahlreiche Vertreter fremder Mächte beteiligen werden.

Schon im 8. Jahrhundert soll Island an der Süd- und Ostküste von irischen Mönchen bewohnt gewesen sein. Wichtig „entdeckt“ wurde es jedoch erst zwischen 860 und 870 von norwegischen Wikingeren. Die Einwanderer bestanden in der Hauptsache aus norwegischen Häuptlingen, die ihr Vaterland verlassen hatten, weil ihnen die Gewalttaten der Norwegerkönige nicht behagten; sie zogen es vor, auf dem Eisland einen neuen Staat zu gründen. Island wurde eine „aristokratische Republik“. Bei der gewaltigen Ausdehnung der Insel waren die politischen Bande, welche die von den Häuptlingen kolonisierten Gebiete miteinander verknüpften, im Anfang nur lockerer Art. Immerhin fanden die weit voneinander wohnenden Häuptlinge — es waren ihrer 48 — Anlaß, eine form staatlichen Zusammenlebens ins Leben zu rufen. Die 48 Wikingerführer schufen im Jahre 930 das Althing, die isländische Nationalvertretung. Eine Tagung dieses Parlaments wurde jeden Sommer auf der Lavabene bei Ögata, der berühmten Thingvallabene, östlich von Reykjavik, der jetzigen Hauptstadt des Landes, abgehalten. Das Althing, dessen Verhandlungen von einem Präsidenten, dem „Gesprechser“ (Lofsigemand), geleitet wurden, hatte die Befugnis, Gesetze zu geben, die für sämtliche Häuptlingsgebiete Geltung hatten. Es gab unter den Auspizien des Althings, dessen Tagung jedesmal 14 Tage dauerte, auch ein höchstes Gericht für ganz Island. Bei der Jubelfeier soll eine Althingstagung nach der alten Art auf der Thingvallabene rekonstruiert werden. Da man annimmt, daß mehr als 20 000 Besucher diesem historischen Schauspiel beizuwohnen werden, hat man auf der vulkanischen Ebene eine „Stadt aus Zelten“ aufgebaut.

Mit Norwegen gelangte Island 1380 an Dänemark, bei dem es auch verblieb, als Norwegen 1814 mit Schweden vereinigt wurde. Von den Dänen wurden die Isländer zuerst wie eine Kolonie behandelt. Als aber nach dem Weltkrieg das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert wurde, drohten sie Dänemark mit völliger Loslösung, was zur Folge hatte, daß sie ihre staatliche Selbständigkeit erreichten unter dem dänischen König als „König von Island“. Viele behaupten, daß der König, der zur Jubelfeier nach Island gereist ist, das Parlamentsjubiläum benutzen werde, um Island für unabhängig zu erklären, in dem gleichen Sinne etwa, wie Island von England frei wurde. Die nächsten Tage schon — die Jubiläumsfeier beginnt am 25. Juni — müssen zeigen, was an diesen Gerüchten wahr ist.

Augenblicklich befindet sich das alte Island, wie sein Ministerpräsident Thorhallsson vor kurzem mit berechtigtem Stolz erklärte, in einem großartigen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Jahre 1928 und 1929 waren in bezug auf die Ausbeute der Haupterwerbszweige der Insel, der Fischerei und der Schafzucht, Rekordjahre, und im laufenden Jahre scheint die Wirtschaft sich noch günstiger zu entwickeln. Arbeitslosigkeit kennt man auf Island nicht, und das Staatsbudget weist stattliche Überschüsse auf.

Praktische Arbeit für das Heute und Morgen zur Rettung der Landwirtschaft zu leisten, sei die Aufgabe. Dieser Weg möge dornenvoll und schwer sein; um so mehr habe man die Pflicht, ihn unentwegt zu beschreiten.

Der Schlussstrich.

Eine französische Amnestie für das besetzte Gebiet?

Wie von besonderer Seite verlautet, bereitet der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee eine Amnestie für die von den französischen Militärgerichten im besetzten Gebiet verurteilten deutschen Staatsangehörigen, die die über sie verhängten Strafen gegenwärtig verbüßen oder noch zu verbüßen haben, vor. Als Zeitpunkt des Erlasses der Amnestie wird der 30. Juni genannt, der Tag, an dem das Abwicklungs-Kommando des französischen Oberkommandos in Mainz nach Frankreich zurückkehren wird. Ob diese Amnestie sämtliche verurteilten Deutschen umfassen wird, ist noch unbekannt, doch wird versichert, daß alle deutschen Staatsangehörigen, die gegenwärtig die über sie verhängten Strafen in deutschen Gefängnissen oder Strafanstalten verbüßen — es befinden sich auch Deutsche in französischen Strafanstalten — am Tage der Befreiung freigelassen werden sollen.

Gegen Pensionen für Auch-Kriegsteilnehmer.

Präsident Hoover ist entrüstet.

Der amerikanische Präsident Hoover hat in ungewöhnlich scharfer Form sich zu der Tatsache geäußert, daß der Senat die Vorlage über die weitgehende Unterstützung von Teilnehmern des Weltkrieges angenommen hat. Durch den Gesetzentwurf würden in den weiten Kreis der Pensionberechtigten Leute einbezogen, die, ohne je an der Front gewesen oder verwundet worden zu sein, nur wenige Tage in ihrer Heimatstadt die Uniform getragen und zehn Jahre später sich in ihrem Zivilleben irgendeine Krankheit zugezogen hätten. Eine derartige Gesetzgebung schlage jeder Vernunft ins Gesicht, benachteilige die Steuerzahler zugunsten einer bestimmten Menschengruppe, deren Krankheit oder verminderte Arbeitsfähigkeit nicht das geringste mit dem Weltkriege zu tun habe.

2647000 Arbeitslose.

Weitere Abschwächung der Arbeitsmarktes im Reich.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. bis 15. Juni hat sich der Rückgang der Beschäftigung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung noch weiter abgeschwächt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in der Berichtszeit nur noch um rund 45 000 geringer geworden. Dem steht nicht nur ein weiterer Zuwachs der Krisenunterstützten um rund 13 000 gegenüber, sondern auch die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden hat zum erstenmal wieder seit Anfang März eine geringe Erhöhung von etwa 12 000 erfahren.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter am 15. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 505 804, in der Krisenunterstützung 351 984. Die Summe beider Zahlen liegt mit annähernd 1 858 000 um mehr als 900 000 über der entsprechenden Summe des Vorjahres; die Überlagerung der Unterstützten ist mithin gegenüber dem Stand vom 1. Juni weiter angewachsen. Unter den rund 2 700 000 verfügbaren Arbeitsuchenden, die am 15. Juni bei den Arbeitsämtern eingetragen waren, befindet sich zweifellos ein gewisser Bestandteil von nicht voll leistungsfähigen Arbeitskräften.

So weit die Entwicklung des Arbeitsmarktes Schlüsse erlaubt, ist in dem Zustande schwerer Depression, in dem sich die Wirtschaft befindet, keine Änderung eingetreten.

Abschluß der Weltkraftkonferenz.

Die Vorträge des letzten Tages.

Am letzten Tage der Weltkraftkonferenz war nur noch der Vormittag zwei wissenschaftlichen Fachsitzungen gewidmet. Zum Thema „Werke mit kombinierter Energiewirtschaft“ lagen nicht weniger als 15 Vorträge vor, die durch den Generalbericht von Dr.-Ing. F. Maguerre zusammengefaßt wurden. Da mit der

Verbesserung des Energieabfahses,

dem Zeitgedanken der zweiten Weltkraftkonferenz, die Fragen der Energieverteilung auf weite Strecken aufs engste verknüpft sind, war den „Schaltanlagen und Einrichtungen zur Fernmessung und Nachrichtenübermittlung“ die letzte Fachsitzung der Weltkraftkonferenz gewidmet. Die 12 Vorträge dieser Sektion boten eine Fülle wertvollen Erfahrungsmaterials.

Die Konferenz trat nachmittags zu ihrer Schlußsitzung zusammen. Der Stellvertretende Geschäftsführer der Konferenz, Diplom.-Ing. F. zur Nedden, erstattete den Schlußbericht und legte die organisatorischen Ergebnisse der Konferenz dar.

Der Hauptausschuß hat beschlossen, die in Aussicht gestellte Einladung Schwedens und der skandinavischen Länder anzunehmen und Skandinavien als Tagungsort für die nächste Teilkonferenz der Weltkraftkonferenz im Jahre 1933 in Aussicht zu nehmen. Die dritte Vollkonferenz wird 1936 in Amerika stattfinden.

Deutsch und griechisch.

Zwischenfall bei der Verhandlung der Zwangsarbeitskonvention.

Die Vollversammlung der internationalen Arbeitskonferenz befaßte sich mit dem Entwurf eines internationalen Übereinkommens über die Abschaffung der Zwangsarbeit. Die Konvention enthält den Grundsatz der Beseitigung der Zwangsarbeit, sieht aber eine Übergangszeit vor. Im Laufe der Aussprache, in der sich allein der Vertreter Portugals gegen den Konventionsentwurf wandte, kam es zu einem Zwischenfall, als der griechische Regierungsvertreter den zustimmenden Standpunkt der griechischen Regierung in deutscher Sprache darlegte. Der Vorsitzende, Mahaim, unterbrach den Redner und erinnerte an eine Bestimmung der Geschäftsordnung, wonach außer den offiziellen Verhandlungssprachen französisch und englisch nur die Muttersprache zulässig sei. Gegen den Widerspruch eines großen Teils der Versammlung mußte der Redner seine Ausführungen in griechischer Sprache fortsetzen, die nur wenige Versammlungsteilnehmer verstanden.

Erfahrungspflicht für Kraftfahrzeuge.

Beschlüsse des Verkehrsausschusses des Reichstages.

Der Verkehrsausschuß des Reichstages nahm eine Entschließung an, wonach dem Reichstag beschleunigt eine Verordnung vorgelegt werden soll, durch welche die Befähigung der Straßen durch schwere Kraftwagen dergestalt eingeschränkt wird, daß die bestehenden Gefahren für die Wegebaupflichtigen und die Hausbesitzer vermieden werden. Ferner soll ein Gesetzentwurf über eine neuzeitliche Regelung des Erlasses der Kraftfahrzeuge verursachten Schäden vorgelegt werden.

Zurückgewiesene Beschwerde.

Um religionslose Schulen und Klassen in Preußen.

In der verfassungsrechtlichen Streitfrage der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Preussischen Landtag gegen das Land Preußen wegen Nichtigkeitsklärung von Maßnahmen zur Bildung von religionslosen Sammelklassen und Schulen hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich sämtliche Anträge der Landtagsfraktion zurückgewiesen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halber, den 26. Juni 1930.

Hausfrauenarbeit.

Im Deutschen Reichstag geschah das. Eine Abgeordnete stand auf und fragte bescheiden, ob man nicht geneigt wäre, der Hausfrauenarbeit in städtischen und ländlichen Betrieben etwas mehr Anerkennung zu zollen. Und setzte sich bescheiden wieder nieder. Eigentlich hätten sich die männlichen Abgeordneten da ein bißchen schämen müssen, denn eigentlich wäre es die Pflicht dieser männlichen Abgeordneten, des öftern einmal auf den Wert der Hausfrauenarbeit, auf das Pflichtgefühl, den Arbeitsseifer, den Fleiß der im Hause tätigen Frauen hinzuweisen. Schiller singt in der „Glocke“ ein hohes Lied von der züchtigen Hausfrau, die drinnen schaltet und waltet und nimmer rastet. Aber da die Hausfrau nicht allzuviel Befens von ihrer Hände Arbeit macht, da sie im stillen wirkt und waltet und auf Lob und Anerkennung gar nicht rechnet, weil sich für sie alles, was sie tut, von selbst versteht, hält es auch niemand für nötig, ihr ein freundliches Wort über ihre Arbeit zu sagen. Auch für den Herrn des Hauses versteht sich sozusagen alles, was die Frau in der Wirtschaft leistet, von selbst — das muß eben so sein, und wozu ist sie denn da? Jede Arbeit in jedem Betriebe wird irgendwie belohnt, aber Hausfrauenarbeit — was ist die schon viel wert! Und nun nehme man gar die Hausfrauenarbeit in den ländlichen Betrieben, wo zu der Arbeit „drinnen“ noch die Arbeit „draußen“ hinzukommt, wo die Hausfrau nicht bloß zwischen den vier Wänden umherwirtschaftet, sondern einfach überall ihre Augen haben muß! Für solche Hausfrau müßte der Tag mehr als 24 Stunden haben. Aber, wie gesagt, das geht alles jahraus, jahrein am Schnürchen, das läuft alles ab wie ein gutes Uhrwerk, und darum achtet eben keiner darauf. Bis eben einer oder eine kommt und so nebenhin sagt: „Mit barem Geld zu bezahlen braucht ihr ja die Hausfrauenarbeit nicht, aber ein bißchen mehr Respekt vor der Hausfrauenarbeit könntet ihr schon haben, denn die Anerkennung kostet euch ja nichts, und, was die Hauptsache ist, die Hausfrau verdient sie. Ehret die Hausfrauen!“

* **Denkmalsweihe und 2. Regimentsappell des Husaren-Regiments König Wilhelm 1. (1. Rhein.) Nr. 7. Bonn.** Der Vorsitzende des Königs-husarenbundes, Major Freiherr von Stein bringt allen ehemaligen Kameraden zur Kenntnis, daß am 14. September 1930 die Einweihung unseres Regimentsdenkmals in Bonn stattfinden wird. Zusammenkunft bereits am 13. September. Adressenangabe aller der nicht dem Königs-husarenbund beigetretenen ehemaligen Husaren, die der Denkmalsweihe und dem Appell beizuwohnen wollen, wird zwecks weiterer Benachrichtigung an die Geschäftsstelle für den Regimentsappell Husaren 7 Bonn Ritterhausstr. 7, erbeten.

* **Westfälischer Kürassier-Tag.** Der Verein der Offiziere des früheren Kürassier-Regiments von Drießen (Westfälisches Nr. 4) und der Verein ehem. 4. Kürassiere in Münster veranstalten gemeinsam mit allen ehem. Angehörigen des Kürassier-Regiments Nr. 4 am 31. August d. J. eine Regimentstagung. Zugleich soll an Stelle des 1924 errichteten Denkmals, ein den Traditionen des alten, stolzen Regiments entsprechendes monumentales Denkmal errichtet und feierlich eingeweiht werden. Zu dieser Feier werden alle ehem. Drießen-Kürassiere und die Angehörigen der Gefallenen eingeladen. Nähere Mitteilungen werden rechtzeitig bekannt gegeben. Anfragen und Anmeldungen mit genauer Anschrift werden baldmöglichst erbeten an: Karl Hüßel, Münster i. W., Goldstr. 69. Spenden für das Denkmal bitten wir auf das Postfachkonto Hannover 75814 Verein ehem. 4. Kürassiere zu überweisen.

* **Reichliche Tränken der Tiere notwendig.** Der Leipziger Tierärzverein, Leipzig, Königsr. 9, schreibt uns: Die Zugtiere müssen nicht nur im Stall, sondern auch unterwegs öfters und reichlich getränkt werden. Sie sind dann doppelt leistungsfähig. Falls dem Körper nicht genügend Flüssigkeit zugeführt wird, tritt eine Verdickung des Blutes ein. Schlapptiere, unter Umständen sogar Hitzschlag, sind die Folgen. Auch kleinen Haustieren reiche man oft frisches Wasser. Es ist interessant zu beobachten, daß herrenlose bei uns eingelieferte Tiere, die sich oft tagelang ohne Nahrung herumgetrieben haben, in vielen Fällen zuerst gierig nach dem Saufnapf gehen und erst dann ihren Hunger stillen. Man sieht, daß sie oft mehr unter Wassermangel als unter Hunger gelitten haben.

* **Der Gau-Niederrhein-Westfalen des Deutschen nationalen Handlungs-Gesellschafter-Bundes** ruft zum 2. und 3. August seine Jugendmitglieder zu einem Tage der jungen Mannschaft im „DGB“ auf der Bundeshöhe bei Barmen zusammen. Es soll eine Peerschau über die aktive Jungmannschaft des Gaus werden, doch geht aus dem Aufruf hervor, daß der Verband dieser Tagung einen tiefen nationalen Sinn geben will. Die Kundgebung am Abend in der Barmen Stadthalle und die sich an die Tagung anschließenden Fahrten ins Westdeutsche Grenzland zeugen von einer nationalen Erziehungsaufgabe, die der D. S. B. an seiner Jugend erfüllt. Dazu gehört auch die straffe Durchführung der Tagung und die im Mittelpunkt stehenden sportlichen Wettkämpfe, vor allem die Leistungsmärsche der Wanderhorden. Diese Wettkämpfe, das harte Zeltlagerleben, Kundgebung, Fackelzug und nächtliche Feuerfeste am Feuer sollen die Jungmannen zu harten kernhaften Menschen erziehen und gleichzeitig ihr Herz aufschließen für die Bedeutung der Gemeinschaft für Bund und Volk. Im Anschluß an die Tagung führen Fahrten nach Holland, an den Rhein, in die Eifel und ins Saargebiet. Außerdem beziehen die diszipliniertesten Gruppen ein Lager im Gebiet von Eupen-Malmedy.

Halber

→ Die zweite Gemeindeversammlung findet am heutigen Donnerstagsabend statt. Herr Pastor Müller-Schwefe wird sprechen über: „Wie kann das Gott zulassen“. Die Versammlung beginnt pünktlich um 8 Uhr.

Kierspe

→ Die Mitglieder der Amtsvertretung von Kierspe hat der Bürgermeister zu einer Sitzung am Dienstag, dem 1. Juli im Amtshaus geladen. Auf der Tagesordnung steht: a) Einführung des Amtsvertreters H. Wirth-Kierspe-Bhf. anstelle des zurückgetretenen Amtsvertreters Menni, b) Anerkennung von Umlaufbeschlüssen, c) Anweisung aller

Rechnungen, d) Aufbewahrung von Standesamtsregistern, e) Haftpflichtversicherung des Desinfektors, f) Beitritt zum Kassenprüfungsverband, g) Fortbildungskursus für Polizeibeamte, h) Bewilligung von Vergütungen für das Ergreifen von Verbrechen, i) Verschiedenes.

→ Nach der Ferienordnung werden die Hauptferien in den hiesigen Gemeinden in Sommer und Herbstferien geteilt. Die Sommerferien beginnen am Donnerstag, dem 31. Juli 1930 und enden am Mittwoch, dem 27. August 1930 (Schluß des Unterrichts Mittwoch, den 30. Juli 1930, Wiederbeginn, Donnerstag, den 28. August 1930. Die Herbstferien werden später besonders festgelegt.

→ **Ruhebänke auf dem Sportplatz.** Die Sitzgelegenheit auf dem Sportplatz ist in den letzten Tagen erweitert worden. Die vor kurzem aufgestellten eisernen Bänke sind anderweitig untergebracht. Dagegen hat man nunmehr eine Sitzgelegenheit auf der Böschung in fast der ganzen Breite des Geländes geschaffen, sodaß etwa 100 Personen Platz haben dürften.

→ **Vom Schützenfest.** Eine neue Schützenstange ist am Mittwochabend eingebaut worden. Sie stammt aus den Wäldungen bei Walheim, und ist von dem Zimmermeister Albert Schmale zugerichtet worden. Die Stange hat eine Länge von 17 m. Für vergangenen Montagabend hatte man Vorstand, Kommando und Beisitzer zu einer letzten Sitzung vor dem Fest eingeladen. Die einzelnen Kommissionen berichteten über ihre Tätigkeit, und konnte festgestellt werden, daß alle Vorbereitungen bestens getroffen sind. Die Eintrittspreise zu den gesamten Festlichkeiten sind sehr niedrig gehalten, damit der Charakter eines Volksfestes auch für die Zukunft gewahrt bleibt. Gelegenheit dieser Sitzung lud der Ehrenvorsitzende des Vereins, Herr Ernst Vollmann in seiner Eigenschaft als Vertreter der bekannten Weinsfirma Leiden-Röhl den Vorstand und das Kommando zu einer Weinprobe in den Keller der Firma Leiden ein. Die Fahrt dorthin wurde am Dienstag nachmittag ausgeführt, und wird über den Verlauf noch berichtet werden. Die „Weinprobe“ bildet ein Stück Geschichte des Vereins. In früheren Jahren war es Tradition, vor jedem Schützenfeste eine Weinprobe zu halten. In den letzten Jahren hatte man hiervon offiziell Abstand genommen. Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Vereins konnte es nun ermöglicht werden, die Weinprobe im Keller der Fa. Leiden zu halten.

Kierspe-Bhf.

→ Die Bolmestraße wies seit längerer Zeit auf dem Abschnitt von Oberbrücke über Kierspe-Bhf. bis Meinerzhagen zahlreiche Schlaglöcher auf. Zudem war an vielen Stellen die Erdebedeckung fast vollkommen zerstört. Die Provinzialstraßen-Verwaltung hat diesem Umstande Rechnung getragen und läßt z. Bt. den ganzen Straßenabschnitt durchgehend in Ordnung stellen und mit einer neuen Erdebedeckung versehen. Die Arbeiten sind sehr gut fortgeschritten und damit ist dem Verkehr wesentlich gebietet. Die Anwohner der Straße begrüßen die durchschlagende Erneuerung der Erdebedeckung, da dadurch der Staubplage sehr viel abgeholfen wird.

→ Ein ernstes Sorgenkind unserer Gemeinde ist nach wie vor immer noch die Wasserbeschaffung der höher gelegenen Ortsteile in Kierspe und Kierspe-Bhf. Das trodene Jahr 1929 hatte bereits Anlaß zu kleineren Erweiterungen und zur Anlage einer Pumpstation oberhalb Eiden gegeben. Daß diese Anlage aber nicht hinreichend Wasser lieferte, war damals bereits bekannt, und so erwachte man weitere Projekte. In Sonderheit fand die Anlage einer unterirdischen Wassergewinnungsanlage im Wehetale in Frage. Grundstücke wurden angekauft, Bohrlöcher angelegt und lange Verhandlungen mit den Anliegern des Wehebaches geführt, ohne jedoch zu einem greifbaren Resultat zu kommen. Im Frühjahr dieses Jahres beschloß man dann, das Projekt im Wehetale einstweilen nur zum Teil auszuführen. Dieser Beschluß wurde aber nicht durchgeführt, da gewisse Bedenken auftauchten und zudem noch andere Projekte in den Kreis der Erwägungen gezogen wurden. Monate sind nun vergangen, ohne daß irgend ein fester Plan zur Durchführung gebracht worden ist. In letzter Zeit sind nun verschiedene Sachverständige und auch Wünschelrutengänger zu Rate gezogen worden. Die Urteile dieser Leute gingen jedoch in vielen Punkten weit auseinander. Während der eine zur Anlage eines ca. 30 m tiefen Brunnens im Bolmetale in der Nähe von Neuenbrücke riet, hielt der andere es für vorteilhafter, dem Schleipetal das notwendige Wasser zu entnehmen. Ein dritter Herr, und zwar ein auf dem Gebiete des Wasserfaches erfahrener Wünschelrutengänger hat zur Schaffung eines Tiefbrunnens in der Nähe von Wildenfulden geraten. Daß bei derartigen Gutachten ein endgültiger Entschluß schwer fällt und für die verantwortungstragenden Personen viel Verantwortung mit sich bringt, dürfte zu verstehen sein. Zudem hat es keinen Zweck ein Projekt zur Durchführung zu bringen, wenn nicht von vornherein einwandfrei feststeht, daß auch der hoch gelegene Hühnerbüsch für lange Zeit mit Wasser versorgt werden kann. Bei der anhaltenden Trockenheit sind bereits jetzt schon wieder zahlreiche Familien vorhanden, die ohne Wasser sind. Dasjenige Wasser, welches in den frühen Morgenstunden in die Leitungen gestiegen ist, ist vielfach sehr unrein und kann kaum gebraucht werden. Daß jetzt eine Regelung der Wasserhältnisse auf das dringendste gestiegen ist, dürfte hoffentlich nunmehr bald endlich erkannt werden. Inzwischen hat man eine Befichtigung einiger Brunnen und Auffanganlagen vorgenommen wobei man festgestellt hat, daß die Zuleitungsrohre nicht in Ordnung waren, wodurch dem Leitungsnetz wertvolle Wassermengen verloren gingen. Augenblicklich ist man mit der Beseitigung dieser Mängel beschäftigt. Aber auch diese Wassermassen sind bei Weitem nicht groß genug, um den Bedarf zu decken. Es wäre im Anbetracht dieser Zustände daher dringend erforderlich, wenn man jetzt endlich zu einem festen Entschluß käme; damit diese heikle Frage einmal für längere Zeit hinaus gelöst würde.

→ **Vollme, 26. Juni.** Der zunehmende Stüdgutverkehr auf der hiesigen Station machte bereits seit Jahren eine Erweiterung des Bahnhofsgeländes erforderlich. Die Reichsbahnverwaltung hat nunmehr dieser Notwendigkeit entsprochen und läßt z. Bt. das Bahnhofslagergebäude durch einen wesentlichen Ausbau vergrößern. Der Rohbau ist vollendet und das Dach bereits aufgelegt. Auch die Schreinerarbeiten sind gut vorangeschritten, sodaß das Lagerhaus in aller Kürze in Benutzung genommen werden kann. Die Maurerarbeiten wurden von der Baufirma Brückmann, Halber ausgeführt. In architektonischer Hinsicht, hat man den Bau dem alten Gebäude sehr schön angepaßt und dürfte der Bahnhof Vollme nach Fertigstellung des Neubaus ein wesentlich schöneres Ansehen erhalten.

→ **Grünenbaum, 26. Juni.** Der Steinbruch oberhalb Grünenbaum war seit langer Zeit stets ein beliebter Lagerplatz für Zigeuner und sonstige fahrende Völker. Es vergingen kaum einige Tage, daß nicht mehrere Wagen von Zigeunern an dieser Stelle standen. Begreiflicherweise bot

sich den Straßenpassanten stets ein wüßtes Bild; denn allerlei Gegenstände lagen in dem an der Provinzialstraße gelegenen Steinbruch umher. Da der Lagerplatz direkt in der Nähe des Ortes liegt, wurden die Bewohner immer wieder von Zigeunern und allerlei Händlern, wie Korbmacher usw. belästigt. Die Polizeiverwaltung hat nunmehr jegliches Lagern an dieser Stelle verboten und ein Warnungsschild angebracht. Es ist Pflicht eines Jeden, die Polizei sofort in Kenntnis zu setzen, sobald sich hier trotz dem diese fahrenden Völker niederlassen, damit dieselben sofort vertrieben und bestraft werden können.

Rönsahl

—c Am Freitag, dem 27. d. M. vollendet die Ehefrau Luise Beher zu Bärhausen in hiesiger Gemeinde bei bester Gesundheit und Frische ihr 76. Lebensjahr wozu wir unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche entbieten.

—c Hoch klingt das Lied vom braven Mann! Am Dienstag Morgen geriet unterhalb Lüdenscheid ein neuer Personenzug der Lüdenscheider Metallwerke in Brand und stand in wenigen Augenblicken in hellen Flammen. Die Insassen wären verloren gewesen, wenn nicht im gleichen Moment Hilfe zur Stelle gewesen wäre. Die Rönsahler Autotage — Willi Clever — fuhr gerade die Strecke und bemerkte die drohende Gefahr. Mittels des stets von ihm mitgeführten Feuerlöschers begab sich Cl. kurz entschlossen ans Rettungswerk und gelang es ihm das Feuer zu erlöschen, wobei allerdings der Anzug etc. versengt wurde. Die L.-M.-B. haben sofort einen neuen Anzug gestiftet, sowie sonstige Belohnungen zuteil werden lassen.

pn Lüdenscheid, 26. Juni. Wegen Beleidigung eines Bürgermeisters verurteilt. Die am 24. März abgehaltene Stadtverordnetenversammlung wurde während des Vortrages des zweiten Bürgermeisters Rommel über Befolgungsfragen plötzlich durch Zwischenrufe von der Tribüne her empfindlich gestört. Der erwerbslose Arbeiter B. rief erregt: „Was verdienst denn Du, Rommel?“ Der Stadtverordnetenvorsteher ließ den Mann aus dem Saale weisen, doch erschien dieser bald darauf wieder und machte erneute Zurufe. U. a. nannte er den Bürgermeister einen „Bluthund“. Er hatte sich gestern wegen dieser Sache vor dem Hagener Schöffengericht zu verantworten. Nach dem Grunde seines Verhaltens gefragt gab er an, daß mehrere von ihm in Wohlfahrtsangelegenheiten gestellte Anträge vom Wohlfahrtsamt abgelehnt worden seien und daß er hiermit den Bürgermeister in Verbindung gebracht habe. Im übrigen sei er an dem Tage betrunken gewesen. Das Gericht verurteilte ihn wegen den als leicht angesehenen Hausfriedensbruchs zu 10 RM. und wegen öffentlicher Beleidigung zu 40 RM. Geldstrafe. Die letzte Strafe wurde deshalb milde angelegt, weil angenommen wurde, daß eine gewisse Verheerung bei dem Zwischenrufer eine entscheidende Rolle mitgespielt habe. Das Gericht erörterte zudem die Frage, ob es sich bei der Zuhörerschaft einer Stadtverordnetenversammlung um eine Öffentlichkeit im juristischen Sinne, nämlich um einen unbeschränkten Personenkreis handele. Zu bedenken sei, daß durch das Kartensystem der Personenkreis an sich beschränkt sei, andererseits aber stehe es dem Karteninhaber frei, die Karte, die er von einem Stadtverordneten erhalten habe, jedem beliebigen Anderen weiterzugeben. Der Charakter der Öffentlichkeit wurde dementsprechend bejaht und dem Beleidigten Publikationsbefugnis in der Ortszeitung auf Kosten des Verurteilten zuerkannt.

—c Hohenlimburg, 26. Juni. Kreisheimatbund fest in Hohenlimburg. Der Heimatbund Hohenlimburg Stadt und Land hält sein diesjähriges Sommerfest am 28. Juni in Hohenlimburg ab. In diesem Jahr konnte wohl kein Tagungsort glücklicher gewählt werden, steht doch Hohenlimburg in Anbetracht des 700jährigen Bestehens des Schlosses und der Stadt an und für sich schon im Zeichen eines wahren Heimatfestes, für das in diesen Tagen die letzten Vorbereitungen getroffen werden. Wenn wohl die meisten Tagungen in unserer Gegend wirtschaftlicher Natur und im wesentlichen auf die materiellen Seiten des Lebens eingestellt sind, so wendet sich diese Tagung an unser Herz und unser Gemüt, um die edelsten Gefühle in uns wach zu rufen, nämlich echte, wahre Heimatliebe. Rahm das Kreisheimatbundfest im Jahre 1926 in Hohenlimburg schon einen überaus glänzenden Verlauf, so werden die Teilnehmer des Bundes durch die vielseitigen Darbietungen in diesem Jahre sicher auf ihre Kosten kommen. Punkt 3 Uhr wird die Tagung durch eine Begrüßungsansprache von Herrn Rektor Eber in dem Festzelt auf der

Lennewiese, wozu der Eintritt frei ist, eröffnet, worauf mehrere Persönlichkeiten aus der Heimatbewegung das Wort ergreifen werden. Anschließend folgt ein Vortrag von Herrn Lehrer Bönner über Naturschutz. Um 4.30 Uhr begeben sich die Teilnehmer zum Schloß, wo der Hohenlimburger Männergesangsverein (Dir.: Herr Lehrer Stuckmann) punkt 5 Uhr die Feier in dem Schloßhof durch 2 Gesangsvorträge „Gott grüße Dich“ und „Ewig lieb meine Berge“ einleitet. Darauf spricht Frau Dr. Hilgmann einen von Fräulein Calow verfaßten Prolog, dem die Begrüßungsansprache von S. Durchlaucht Fürst Adolf zu Bentheim folgen wird. Nach 2 weiteren Gesangsvorträgen „An der Heimat halte fest“ und „Ans Vaterland“ nimmt Herr Rektor Eber das Wort zu seinem Vortrag: „Bilder aus der Geschichte des Schlosses“, womit die Feier in dem Schloßhof ihr Ende findet. Da für die Feier in dem Schloßhof nur eine begrenzte Anzahl von Teilnehmer zugelassen werden kann, werden nachmittags um 3 Uhr im Festzelt Karten ausgegeben, die der in der historischen Uniform aufgezogenen Schloßwache vorzuzeigen sind. Es wird daher vor allen Dingen den Mitgliedern des Vereins für Orts- und Heimatkunde in Hohenlimburg sowie den in dem Heimatbund Hohenlimburg Stadt und Land zusammengefügten Ortsvereinen empfohlen, sich rechtzeitig einzufinden, damit eine ordnungsmäßige Verteilung der Karten vorgenommen werden kann. Selbstverständlich werden auch die übrigen, die an dem Heimatbundfest in dem Festzelt teilnehmen, mit Karten bedacht, soweit der Platz im Schloßhof dieses gestattet. Abends 8 Uhr beginnt die offizielle 700-Jahrfeier (ebenfalls im Festzelt) mit musikalischen und turnerischen Darbietungen, unter Beleuchtung des Schlosses und der Brücke bei einbrechender Dunkelheit. Hoffentlich weilen bis dahin noch sämtliche Heimatfreunde von auswärts in Hohenlimburgs Mauern.

Dortmund, 26. Juni. Stilllegung des Dortmunder Senders. Mit dem 30. Juni d. J. wird die Dortmunder Sendestelle des Westdeutschen Rundfunks ihren Betrieb im Hause Nicolaistraße vollkommen einstellen und mit der Sendestelle Münster verbunden. Der bisherige Leiter der hiesigen Sendestelle, Direktor Haslind, verlegt mit dem 1. Juli seinen Wirkungskreis nach Münster, wo er mit Dr. Gäßler gemeinsam Send- und Sendestelle leiten soll. Es ist nicht beabsichtigt, die Dortmunder Darbietungen gänzlich aus dem Programm der Werag verschwinden zu lassen, sondern über die Sendestelle Münster zu berücksichtigen.

Nah und Fern

© Schweres Unwetter im Elsaß. Dem Pariser „Journal“ wird aus Mülhausen im Elsaß gemeldet, daß ein gewaltiger Wirbelsturm über der Gegend von Rembs längs des Rheins niedergegangen sei. Regen, Sturm und Hagel hätten einen Teil der Ernte vernichtet. Während des Gewittersturmes hätten sich sechs Arbeiter, die eine Unterkunft suchten, in eine Holzhütte geflüchtet. Plötzlich sei der Blitz in die Hütte geschlagen und habe zwei Arbeiter getötet. Die anderen seien verletzt worden.

© Neun Tote bei einem Einsturzungsfall. Ein schweres Einsturzungsunfall ereignete sich in Konstantine in Nordafrika. Ein Neubau, der bereits bis zur sechsten Etage fertiggestellt war, stürzte plötzlich zusammen und begrub zwanzig Arbeiter unter den Trümmern. Neun Tote und sechs Schwerverletzte wurden geborgen. An die übrigen Verwundeten heranzukommen, war noch nicht möglich, da die Beseitigung der Trümmer längere Zeit beansprucht. Man hat nur wenig Hoffnung, die Verwundeten noch lebend zu bergen.

© Prohibitionsrazzia in vornehmen New Yorker Lokalen. In zwei der elegantesten New Yorker Restaurants, dem Bar Central Casino und dem großen Gesellschaftsraum der Aig-Carlton-Hotels, wurde von 40 Prohibitionsagenten, die im Abendanzug erschienen waren, eine Razzia ausgeführt. Eine große Anzahl von Gästen, darunter Angehörige bekannter New Yorker Familien, die alkoholische Getränke vor sich stehen hatten, wurde verhaftet.

Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Die Blutrache des Schupo-Wachmeisters Wille. Vor dem Kasseler Schwurgericht begann bei ungeheurem Andrang des Publikums der mit Spannung erwartete Blutracheprozess gegen den Polizeiwachmeister

Wilhelm Wille aus Frankfurt am Main. Die Anklage lautet auf Mord an dem Weichbinder Johann Claus aus Niedermörsch. Es handelt sich um eine Bluttat, wie sie in Deutschland noch nicht dagewesen sein dürfte.

Im September 1927 geriet im Hause des Johann Claus in Niedermörsch dessen 26jähriger Sohn Heinrich mit seiner Stiefmutter in Streit. Der alte Claus rief den Oberlandjäger Wille zu Hilfe. Als Wille erschien, streckte ihn Heinrich Claus, der offenbar an Verfolgungswahn litt, durch einen Schuß aus einem Karabiner vor den Augen seines 18jährigen Sohnes Wilhelm nieder. Nach der Tat benahm sich Heinrich Claus wie ein Verrückter. Er verbarrikadierte sich und begann durch die Fenster des Hauses auf die Passanten und die Polizei zu schießen. Es entwickelte sich eine Schlacht mit Panzerwagen und Handgranaten, die damit endete, daß Heinrich Claus erschossen wurde. Auf Wilhelm Wille hatte das tragische Ende seines Vaters eine furchtbare Wirkung ausgeübt. Er nahm sich vor, den Tod des Vaters an der Familie Claus zu rächen. Am 9. Januar dieses Jahres fuhr er von Frankfurt am Main, wo er als Beamter der Schutzpolizei tätig war, nach seinem Heimatdort Niedermörsch, begab sich in die Wohnung des alten Claus, rief mit den Worten: „Jetzt wird abgerechnet!“ seinen Dienstrevolver aus der Tasche und schoß den alten Mann nieder. Wilhelm Wille ging dann in aller Ruhe zur Polizei und ließ sich festnehmen.

Die Unterschlagungen beim Deutschen Sängerbund.

Der frühere Bundeskassiermeister vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg hat sich der frühere Bundeskassiermeister des Deutschen Sängerbundes, Gerichtsassessor a. D. Johannes Redlin, wegen Untreue und Unterschlagung zu verantworten. Der Angeklagte wird beschuldigt, in der Zeit von 1924—1929 900 000 Mark Bundesgelder unterschlagen und für sich verwendet zu haben.

Redlin, der bis zum Mai 1929 Bundeskassiermeister war, hatte, als man seinen Verfehlungen auf die Spur kam, Unterschlagungen in Höhe von 375 000 Mark zugegeben. Nachprüfungen durch Bücherrevisoren ergaben jedoch, daß der Gesamtfehlbetrag in der Bundeskasse 916 000 Mark betrug.

Schlussdienst.

Vermischte Nachrichten vom 25. Juni.

Ohreigen im Schweizerischen Nationalrat.

Basel. Im Schweizerischen Nationalrat kam es bei der Behandlung des Berichtes des Bundesrates über die zehnte Völkerverversammlung zu einem Skandal von einer knappen halben Stunde, wie man ihn in dieser Versammlung nicht gewohnt ist. Der katholisch-konservative Tessiner Abgeordnete Dörfli wurde von einem kommunistischen Vaganten genannt, worauf Dörfli ihm eine schallende Ohrfeige versetzte. Zwischen beiden Abgeordneten entspann sich darauf ein Handgemenge, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. In der Pause trafen sich die beiden Gegner wieder und der Kommunist gab Dörfli die Ohrfeige wieder zurück. Ein anderer katholisch-konservativer und ein Bauernvertreter packten darauf den Kommunisten und warfen ihn aus dem Saal hinaus.

Grubenunglück in Hünstirchen.

Budapest. Wie „Magyar Hirlap“ aus Hünstirchen meldet, ereignete sich in der dortigen Kohlengrube ein tödlicher Unfall. Die Decke eines Schachtes stürzte während der Arbeit ein und begrub drei Arbeiter unter sich. Einer von ihnen wurde getötet, zwei konnten noch lebend geborgen werden.

Bericht der Viehverkaufshalle A.-G. Lehrte vom Verkaufstage 24. Juni 1930.

Auftrieb: 1370 Stück Ferkel und 128 Stück Läufer-schweine.

Es kosteten im Großhandel:

Ferkel (Durchschnittsqualität):

Bis 6 Wochen alt bis Mark 22.—

6—8 Wochen alt Mark 23.— bis 29.—

8—12 Wochen alt Mark 30.— bis 39.—

Läufer-schweine:

3—4 Monate alt Mark 40.— bis 50.—

4—6 Monate alt Mark 51.— bis 80.—

Marktverlauf: Langsam geräumt.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, sagen wir auf diesem Wege und im Namen aller Verwandten allen

herzlichen Dank.

Familie Alfred Trappmann.

Schmidhausen, im Juni 1930.

Neuordnung des Meldewesens.

Die Polizei-Verordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Arnsberg vom 22. Mai 1930 über das Meldewesen hängt im Amtshaus in Halver und bei der Verwaltungsgeschäftsstelle Schalksmühle zu jedermanns Einsicht aus.

Besonders zu bemerken ist, daß eine Meldepflicht auch bei mehrfachem Wohnsitz und bei vorübergehendem Aufenthalt besteht. Wer Personen zu vorübergehendem Aufenthalt Wohnung in Gasthäusern, Pensionen und dergl. gegen Entgelt gewährt, hat diese Personen binnen 24 Stunden unter Benutzung besonderer Formulare bei der Ortspolizeibehörde anzumelden. Ferner ist über solche Personen ein Fremdenbuch in Buch-, Block- oder Karteiform zu führen. Wer zu Besuchszwecken vorübergehend eine Unterkunft ohne Entgelt bezieht, hat sich nur dann polizeilich zu melden, wenn der Besuchsaufenthalt die Dauer von drei Monaten überschreitet.

Die Nichtbeachtung der Vorschriften zieht Bestrafung nach sich.

Halver, den 25. Juni 1930.

Die Polizei-Verwaltung.

Praktische Sparsamkeit

3 Pfund
schöne
weiße
Wasch-Paste
für 10 Pfg.
das
Pfund



Die Fabriken von

Dr. Thompson's Seifenpulver

Anweisung:

Lösen Sie den Inhalt eines Paketes Dr. Thompson's Seifenpulver Marke Schwan in 1 1/2 Liter kochendheißem Wasser auf. Danach die Masse gut umrühren und stehen lassen. Nach Erkalten werden Sie im Topf 3 Pfund schöne, weiche, weiße Waschpaste finden von ausgezeichneter Reinigungs- und Waschkraft. Hieraus sehen Sie, daß Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke Schwan, von ganz besonderer Qualität und ungewöhnlich billig ist.

Bedenken Sie:

1 Paket Dr. Thompson's Seifenpulver für 30 Pfennig ergibt 3 Pfund Waschpaste für 10 Pfennig das Pfund.

Machen Sie noch heute einen Versuch!

G. m. b. H., Düsseldorf, übersenden auf Wunsch gerne kostenlos die interessante und lehrreiche Broschüre „Allerhand Waschgeheimnisse“.



Freiwillige Feuerwehr
Bommert.

Samstag, den 28. Juni
abends 6 Uhr

Uebung

Das Kommando.

Drainage-
Röhren

in allen gangbaren
Weiten auf Lager
vorrätig.

C. Zimmermann,

Ost-Rönsahl
Telefon Nr. 11 Rönsahl

Rot- und Weißweine

als passende Geschenk-
Artikel,
zu billigen Preisen stets
vorrätig

1 Fl. Apfelwein 55 Hl.—
1 ltr. Cyderwein nur 1.—
bei

Otto Meisterjahn,

Kierspe.

In 3 Tagen

Nichtraucher

Muskunst kostenlos:
Sanitäts-Depot, Halle a. S. 371



Landwehr-
Verein
Halver.

Unser Verein nimmt
an der

Feier des 50-jährigen
Bestehens des Land-
wehr-Vereins

Kreuzberg-Egen

Sonntag, den 29. d. M.

geschlossen teil.

Abmarsch, evtl. Abfahrt

nachm. 1 1/2 Uhr vom

Vereinslokal.

Recht zahlreicher Betei-
ligung erwartet.

Der Vorstand.

Anzug: Mütze, Orden

und Ehrenzeichen.



Bommert
Wehrverein

Zur

Teilnahme an der 50-
jährigen Jubelfeier des

Landwehrvereins

Kreuzberg-Egen

tritt der Verein

am Sonntag, d. 29. Juni

nachm. 1 Uhr beim Kame-
raden Rud. Bürger in

Anschlag an.

Büchliches und zahl-
reiches Erscheinen der

Mitglieder erbeten.

Der Vorstand.

Helmarbeit

schreibt Vialla-Verlag

München.

Bernickelte Gajul-Reißzeuge

in gangbarsten Zusammenstellungen für Mittel-
und Fortbildungsschulen,
vorrätig bei

Wilh. Bell jr., Halver.